

Zeitschrift:	Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie
Herausgeber:	Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie
Band:	77 (1970)
Heft:	3
Rubrik:	Innenpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Argumente gegen die Ueberfremdungs-Initiative II

Die Ueberfremdungs-Initiative II (die sog. Schwarzenbach-Initiative) der «Nationalen Aktion gegen die Ueberfremdung von Volk und Heimat» ist am 20. Mai 1969 mit 70 922 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Mit Botschaft vom 22. September 1969 hat der *Bundesrat* den eidgenössischen Räten beantragt, dieses Volksbegehren den Stimmbürgern und Ständen mit dem Antrag auf *Verwerfung* und ohne Gegenvorschlag zu unterbreiten. Der *Bundesrat* schreibt in seinem Bericht u. a.:

«Ein solcher übermässiger Abbau ist volkswirtschaftlich nicht tragbar, da er zu schweren wirtschaftlichen Störungen und insbesondere zu zahlreichen Betriebsschliessungen führen würde, wodurch auch die schweizerischen Arbeitnehmer betroffen würden. Auch aus staatspolitischen Gründen drängen sich derart drastische Massnahmen nicht auf.» Der *Nationalrat* hat im Dezember 1969 nach einlässlicher Beratung mit 136 Stimmen gegen die eine einzige Stimme von Nationalrat Dr. J. Schwarzenbach beschlossen, die Verwerfung der Initiative zu empfehlen. An einem ebenso eindeutigen Verwerfungsantrag des Ständerates kann nicht gezweifelt werden.

Viele politische, wirtschaftliche, kirchliche, soziale, kulturelle Organisationen, insbesondere auch die massgeblichen Gewerkschaften, die Angestelltenverbände, die Arbeitgeber-Organisationen, Landeskirchen, Ausländerbetreuungs-Organisationen, die Presse usw. *lehnen die Ueberfremdungs-Initiative II eindeutig ab*. Für die Verwerfung sprechen zahlreiche wichtige Gründe.

Die schädlichen Auswirkungen auf den einzelnen Stimmbürger.

Jeder einzelne Stimmbürger muss sich im klaren darüber sein, dass die Annahme der Schwarzenbach-Initiative schwere schädliche Auswirkungen für seinen Kanton, für seine Region, für seinen Wirtschaftszweig (aus dem er sein Einkommen bezieht) und für seinen Betrieb (der ihn beschäftigt) und somit *für ihn persönlich und seine Angehörigen* haben müsste. Direkt oder indirekt würde jeder einzelne Schweizer betroffen und geschädigt. Der Bundesrat sagt dazu:

«Neben den Arbeitsplätzen gingen auch Lehrstellen verloren, so dass besonders in ländlichen Gegenden zu wenig Ausbildungsmöglichkeiten bestünden. Die Erträge der Wirtschaft nähmen drastisch ab. Dadurch gingen auch die Steuerleistungen zurück. Nicht wenige Kantone und viele Gemeinden würden in finanzielle Schwierigkeiten geraten und müssten die Steuern erhöhen. Es gibt Gemeinden, die auf die Steuerleistungen eines einzigen Betriebes angewiesen sind, so dass bei deren Ausfall ihre finanzielle Selbständigkeit gefährdet wäre.»

Verhängnisvolle Konsequenzen für den Wohlstand

Die Schweiz war seit jeher stets auf eine beträchtliche Anzahl ausländischer Arbeitskräfte angewiesen. Ohne diese wären viele öffentliche Bauten, die Erneuerung der Städte,

neue Wohnquartiere, der Ausbau von Elektrizitätswerken, des Strassennetzes und der Aufbau von Industrie und Gewerbe zum heutigen Wohlstandsniveau gar nicht möglich gewesen. Die Ausländer haben zur raschen Steigerung des Volkseinkommens und zur Wohlstandsvermehrung wesentlich beigetragen. Sie haben vielen Schweizern einen zusätzlichen beruflichen Aufstieg ermöglicht, indem sie die schwereren, unangenehmeren und weniger gut bezahlten Arbeiten übernahmen.

Der von der Ueberfremdungs-Initiative II verlangte Abbau von über 200 000 erwerbstätigen Jahresaufenthaltern und ca. 80 000 Saisonniers wäre ein derartiger Aderlass, dass der in harter Arbeit erreichte Wohlstand nicht bewahrt bleiben könnte. Die Industrie müsste im Durchschnitt auf rund 11 % ihres ganzen Personals verzichten. In der Baustoffindustrie, im Gastgewerbe, in der Textil- und Bekleidungsindustrie müsste der Abbau des Gesamtpersonalbestandes bis zu 20 % und mehr betragen. Das hätte die Aufgabe ganzer Unternehmen und einzelner Betriebsabteilungen zur Folge. Unweigerlich würden dadurch auch zahlreiche Schweizer den Arbeitsplatz verlieren oder müssten beruflich und einkommensmässig absteigen. Ganz besonders harte Folgen könnte dies für ältere Schweizer Arbeiter und Angestellte haben.

Schwerwiegende indirekte Auswirkungen würden in der Lebensmittelversorgung (Detailhandel, Bäckereien, Metzgereien), in den Wirtschaften und Restaurants, im Abfuhrwesen und anderen öffentlichen Diensten auftreten.

Dazu kommt, dass sich die schädlichen volkswirtschaftlichen Folgen noch auf einzelne Regionen wie z. B. die Ostschweiz oder das Zürcher Oberland usw. konzentrieren würden.

Die Initiative ist der Weg des sozialen und wirtschaftlichen Abstieges der Schweiz. Deshalb wird sie von den Arbeitnehmer-Organisationen aller Richtungen abgelehnt: Niemand möchte gerne auf den gehobenen Lebensstandard verzichten, auf die verkürzte Arbeitszeit, den freien Samstag, die längeren Ferien, bessere Ausbildung der Jugend, gute Betreuung der Kranken und Alten, den Ausbau des Gewässerschutzes, der Strassen, die Freizeitgestaltung usw. Wer das nicht will, muss Nein stimmen.

Das Ansehen der Schweiz im Ausland

Im Ausland versteht es niemand, dass in der als tolerant, grosszügig und aufgeschlossen bekannten Schweiz Hunderttausende von Ausländern weggewiesen würden und das Schweizervolk durch die Annahme der Initiative einer fremdenfeindlichen Haltung Ausdruck gäbe. Auch vom menschlichen Standpunkt aus ist es unverantwortlich, fast 300 000 Leuten den Arbeitsplatz wegzunehmen, denn in ihrer Heimat finden diese Ausländer entweder keine oder nur unzureichende Beschäftigung (deswegen kamen sie ja in die Schweiz). Hunderttausende ausländische Angehörige dieser nicht mehr zugelassenen Fremdarbeiter kämen in Not und Bedrängnis. Als human eingestellte Schweizer sollte man auch *diese Härten* sehen und vermeiden.

Dazu kommt, dass jeder dritte in der Schweiz verdiente Franken direkt oder indirekt aus dem Ausland stammt (Export, Tourismus, Handel). Die Schweiz ist also weitgehend auf das Wohlwollen, die Achtung und das Vertrauen des Auslandes angewiesen. Dieses Vertrauenskapital sollte nicht mutwillig vertan werden.

Ueberfremdung als Gefahr?

Es ist offenkundig, dass die Schweizer bis heute keine fremden Traditionen, Denk- und Verhaltensweisen von den ausländischen Arbeitskräften übernommen haben. In diesem — kulturellen — Sinne besteht keine Ueberfremdung der Schweiz. Auch die Tatsache, dass eine bestimmte, *grössere Anzahl* Ausländer in der Schweiz arbeitet und wohnt, bedeutet *an sich* noch keine Gefahr. Die wirklichen Probleme beginnen an einem anderen Ort.

Die tatsächlichen Probleme bestehen grösstenteils *im Zusammenleben zwischen Schweizern und Ausländern*: Das Gefühl in den Läden, im Tram, auf der Strasse mit vielen Fremden zusammen sein zu müssen, die man als auf einer niedrigeren Stufe stehend betrachtet, ist für viele ein Grund, mit der Initiative zu sympathisieren. Dieses Problem wird aber auch durch die Reduktion der Zahl der Ausländer auf 10 % der Bevölkerung (gemäss Initiative) nicht gelöst. Es ist ein psychologisches Problem, das auf die Dauer nur mit menschlicher Toleranz und mit Assimilierungsmassnahmen gelöst werden kann.

Ungeeigneter Protest gegen die moderne Zeit

Die Schweiz von 1970 ist in vielem nicht mehr mit der Schweiz von 1945 zu vergleichen. Die «gute alte Zeit» ist zum Teil verschwunden. Wir können das Rad nicht zurückdrehen, und die allermeisten wollten das auch nicht, wenn sie die Konsequenzen richtig bedenken. Vieles war früher gemütlicher als heute; noch vieles mehr ist heute aber besser als damals. Es ist verständlich, wenn die unruhigere, dynamischere Gegenwart bei manchen Schweizern ein gewisses Unbehagen schafft, das sehr oft nun einfach der Anwesenheit der vielen Fremdarbeiter zugeschrieben wird. Aber auch eine drastische Reduktion der Zahl der Ausländer in der Schweiz könnte die Tatsache nicht ändern, dass wir in einer ungemütlicheren, raschlebigeren Zeit als früher leben. Die Schweiz muss mit den Problemen der Gegenwart — Ausbau des Bildungswesens, Landesplanung, Erhaltung der Natur, Tendenz zur passiven Konsumgesellschaft, Unruhe der Jugend usw. — auf positive Art fertig werden. Kaum eines dieser Probleme ist eine direkte Folge der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Viele dieser Probleme können sogar nur mit Hilfe der ausländischen Arbeitskräfte bewältigt werden.

Der Rationalisierung sind Grenzen gesetzt

Die schweizerische Wirtschaft hat in den letzten Jahren gewaltige Rationalisierungsanstrengungen unternommen, um eine weitere Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte zu vermeiden. Die starke Stellung der schweizerischen Wirtschaft auf den Weltmärkten zeigt, wie modern und leistungsfähig sie ist. Aber auch der Automatisierung und Rationalisierung sind gewisse Grenzen gesetzt: man würde unmöglich innert vier Jahren 200 000 ausländische erwerbstätige Jahresaufenthalter und 80 000 Saisonniers «wegrationalisieren» können.

Ausweichen auf Saisonniers?

Bisher konnten die Saisonniers zum Teil länger als neun Monate pro Jahr in der Schweiz arbeiten. Die Initiative verlangt auch für diese (d. h. mit über neun Monate Aufenthalt pro Jahr) einen Abbau, so dass die genannten 80 000 Saisonarbeiter wegfallen würden.

Andererseits würde die Initiative eine zusätzliche Zahl von Saisonniers mit *nur neun Monaten* (oder weniger) Aufenthalt erlauben. Die Anhänger von Dr. Schwarzenbach empfehlen den Einsatz von Tausenden solch neuer, kurzfristiger Saisonniers an den Arbeitsplätzen der Industrie. Eine solche massenhafte Rotation mit Anlernung immer neuer Leute wäre nicht nur im höchsten Grade unwirtschaftlich — sie würde auch das Zusammenleben von Ausländern und Schweizern in den Betrieben gewaltig erschweren. Auf diese Art könnten die ausländischen Arbeitskräfte überhaupt nicht mehr auch nur einigermassen an unsere Ordnung und Lebensart gewöhnt werden.

Materielle Alternative ist vorhanden: Stabilisierungsziel

Bundesrat und Parlament empfehlen die Verwerfung der Initiative ohne einen *formellen* Gegenvorschlag. *Praktisch* sind aber die Massnahmen für eine Stabilisierung im Gange. Die verfassungsrechtliche Grundlage für die Stabilisierung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer ist gegeben, und der Bundesrat hat dieses Ziel in seiner Botschaft zur Initiative ausdrücklich festgelegt. Er hat deshalb eingreifende Massnahmen über die Begrenzung und Herabsetzung der Zahl der kontrollpflichtigen Ausländer erlassen. So wurden in mehreren Schritten die am 1. März 1965 ausgewiesenen Fremdarbeiterplafonds der Betriebe schrittweise bis November 1969 um 17 %, d. h. auf 83 % des Ausgangsbestandes gesenkt. Für die Saisonniers wurde eine andere, aber ebenso wirksame Reduktionsmassnahme gewählt. Wie schmerzhaft die Abbaumassnahmen waren, zeigt die Tatsache, dass die Zahl der erwerbstätigen Jahresaufenthalter von 1964 bis 1969 um 23 000 gesenkt werden konnte; die Zahl der Saisonarbeiter sank in dieser Zeit sogar um 57 000. Diesen Erfolgen beim Abbau der kontrollpflichtigen Ausländer steht allerdings eine Zunahme der Bestände an Niedergelassenen gegenüber. Der Umstand, dass das behördliche Ziel der Stabilisierung noch nicht voll erreicht werden konnte, macht die Konzeption der Behörden nicht unglaublich; weitere zusätzliche Massnahmen werden bereits in Kraft stehen, wenn Volk und Stände im Juni über die Initiative abstimmen werden.

Im Gegensatz zur Ueberfremdungs-Initiative II, die keine Assimilierung der Ausländer will, hält der Bundesrat eine solche Eingliederung und Anpassung der Ausländer für notwendig, schon um die bei uns aufgewachsenen Kinder von Ausländern heimisch werden zu lassen. Langfristig soll durch eine gezielte Assimilierungs- und auch Einbürgerungspolitik das Ausländerproblem entschärft werden. Der Bundesrat will das Zusammenleben fördern, während die Initiative die Ablehnung der Ausländer in den Vordergrund stellt und den Schweizer in einer Welt, die immer mehr international denkt, isolieren will.

Der Ast auf dem wir sitzen

Menschliche, humanitäre, volkswirtschaftliche, soziale und viele weitere Gründe sprechen für die Verwerfung der Initiative. Aber schon ein *einzig* Grund würde für sich allein für die Verwerfung genügen: Die Initiative möchte den Ast absägen, auf dem wir alle sitzen. Die sprichwörtliche Vernunft des Schweizer Stimmbürgers wird das erkennen und die Initiative wuchtig verwerfen. Eine möglichst massive Ablehnung wird offenbar machen, dass sich die Mehrheit des Schweizervolkes von der menschenfremden und wohlstandsfeindlichen Haltung der Initiative distanziert.

Dr. Hans Rudin

Zukunfts- und Fremdarbeiterfragen

Grossveranstaltung der Fachvereinigungen VET/VST/SVF in Baden

Am 25. April 1970 führen die drei massgebenden Fachorganisationen der schweizerischen Textilindustrie, VET, VST und SVF, eine Grossveranstaltung über Zukunfts- und Fremdarbeiterfragen in Baden durch.

Hauptreferenten dieser Tagung sind Ständerat Dr. F. Honegger und Prof. Dr. E. Küng. Thema: Die Zukunft der schweizerischen Textilindustrie.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen präsentiert das Internationale Wollsekretariat (IWS) eine attraktive Modeschau.

Wir alle kennen die Wichtigkeit des Tagungsthemas. Die vor der Türe stehende eidgenössische Abstimmung über die Ueberfremdungsinitiative II entscheidet auch über die Zukunft der schweizerischen Textilindustrie. Alle, die verantwortlich mitdenken, wissen, dass unsere Textilindustrie durch die Initiative in ganz speziellem Masse gefährdet ist. Es geht darum, unsere Wirtschaft vor einschneidenden Verlusten zu bewahren. In Anbetracht der möglichen katastrophalen Konsequenzen für die Weiterentwicklung der schweizerischen Textilindustrie fühlten sich die Vorstände der drei Vereinigungen VET/VST/SVF verpflichtet, ihre Mitglieder, zu denen weit über 4000 Kaderleute der schweizerischen Textilindustrie zählen, anlässlich dieser Tagung auf die möglichen Folgen — bei einer eventuellen Annahme dieser Initiative — aufmerksam zu machen. Namhafte Referenten werden Sie über die Zukunft der schweizerischen Textilindustrie orientieren. Die Aktualität des Tagungsthemas geht jeden von uns an, weshalb wir uns freuen würden, zu dieser Veranstaltung einen sehr grossen Teilnehmerkreis begrüssen zu können.

Die Vorstände VET/VST/SVF

Programm

Datum:	Samstag, den 25. April 1970
Tagungsort:	Gemeinschaftshaus Martinsberg (BBC) Wiesenstrasse, 5400 Baden AG
Vorträge und Modeschau:	Grosser Saal (für 100 Personen)
Kaffee und Brötchen:	Vorhalle
Mittagessen:	Grosser Speisesaal (für 1000 Personen)
09.30	Begrüssung und einleitendes Referat durch den Präsidenten der SVF, Dir. W. Keller
10.00	Vortrag von Ständerat Dr. F. Honegger, Direktor der Zürcher Handelskammer
	Pause
11.30	Vortrag von Prof. Dr. E. Küng, Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften, St. Gallen Schlusswort und Leitung der Diskussion durch den ehemaligen Präsidenten des VET, P. Strebel
ca. 13.00	Mittagessen
ca. 15.00	Modeschau des Internationalen Wollsekretariates
ca. 16.30	Schluss der Tagung

Zeitfragen — Lebensfragen

Abwesende Väter

Haben wir uns schon einmal überlegt, welches Bild unsere Kinder von uns Vätern in sich tragen? Manchmal kommt dieses Bild zum Vorschein, etwa dann, wenn ein Lehrer seine Schüler ein Aufsätzlein mit dem Titel «Mein Vater» schreiben lässt. Die nachfolgenden Zeilen stellen das Aufsätzlein eines Viertklässlers dar:

«Mein Vater geht jeden Tag an die Arbeit. Er arbeitet den ganzen Tag. Wenn er abends heimkommt, liest er seine Zeitung und schläft ein. Später geht er ins Bett. Am nächsten Morgen steht er auf, trinkt Kaffee und zieht sich an. Dann sagt er «auf Wiedersehen» und geht wieder zur Arbeit.» Hier ist der Vater in erster Linie ein Abwesender. Ein Abwesender, wenn er «auf Wiedersehen» sagt, an seinen Arbeitsplatz geht, aber auch ein Abwesender in den Stunden, da er zuhause ist: er liest für sich die Zeitung. Dann schläft er. Offenbar erlebt das Kind den Vater auch übers Wochenende als innerlich Abwesender, sonst hätte sich wohl etwas von Kontakt, von Gemeinsamkeit im Aufsatz niedergeschlagen.

Der Vater — ein Abwesender, eine leere Silhouette, einer der für das Erleben des Kindes ausfällt. Dies scheint mir nicht nur als Diagnose in krassen Einzelfällen zuzutreffen, sondern typisch, repräsentativ für die Väter unseres Zeitalters zu sein. Wir alle fallen irgendwie aus.

Dabei kann man dies nicht auf persönliche Schuld oder einen Mangel an gutem Willen zurückführen. Vielmehr spiegeln sich darin die grossen Entwicklungstendenzen unserer Zeit. Das sei mit einigen Stichworten erläutert:

Die verschiedenen *Lebenskreise* eines Menschen oder einer Familie sind *auseinandergetreten*. Die Berufsarbeit spielt sich an einem besonderen Ort und unter besonderen Menschen ab. Um sich zu zerstreuen, seine Freizeit zu verbringen, sucht man andere Orte auf. Die Ferien verbringt man wieder anderswo. «Zuhause», d. h. in den eigenen vier Wänden ist man zur Schlafenszeit, teilweise zur Essenszeit und meistens am Abend zwischen Nachtessen und Zubettgehen. Wo aber hat das Leben eines Familienvaters sein Zentrum, seinen Schwerpunkt? Die Antwort auf diese Frage unterstreicht, dass die Lebenskreise des Vaters nicht nur in geographischer, sondern auch in emotionaler Hinsicht auseinandergetreten sind. Die meisten Väter würden antworten: ich wünschte, der Schwerpunkt meines Lebens wäre zuhause, im Kreise meiner Familie, aber leider lässt sich dies wegen meiner beruflichen und anderweitigen Beanspruchung nur mangelhaft realisieren. Der faktische Schwerpunkt liegt wohl im Rahmen der Berufsarbeit, wobei ich aber gar nicht die Absicht habe, einfach in meiner Berufsarbeit aufzugehen.

Dieses Nebeneinander von «beabsichtigtem» und «faktischem» Schwerpunkt ist typisch fast durch alle sozialen Schichten hindurch, am typischsten wohl für die Angehörigen der Berufe, die man heute dem mittleren und höheren Kader zurechnet. Der *Stress des Berufes* beansprucht einen so, dass man im Rahmen der Familie kaum mehr Energie oder Lust hat, Familienleben zu gestalten. Das an und für sich verständliche Bedürfnis nach Entspannung führt dazu, dass man zuhause nicht gestört sein will, sondern seine Ruhe haben möchte. In anderen Fällen ist auch zuhause